Deutscher Bundestag **Drucksache 17/12149**

17. Wahlperiode 23. 01. 2013

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Uwe Beckmeyer, Sören Bartol, Martin Burkert, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/9928 –

Schutz- und Sicherheitskonzepte für den Bau und Betrieb von Offshore-Windparkanlagen weiterentwickeln

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auffordern soll, umgehend die Zuständigkeit für die staatliche Daseinsvorsorge im Bereich des Rettungswesens auf Offshore-Windenergieanlagen sowie deren Reichweite und Umfang zu klären; eine koordinierte Strategie für Sicherheit und Notfallmanagement im Offshore-Windenergiebereich vorzulegen und in dem Antrag genannte Maßnahmen betreffend die Sicherheit im Bereich von Offshore-Windenergieanlagen und Rettungsmaßnahmen bei Notfällen auf Offshore-Windenergieanlagen zu ergreifen, zu prüfen bzw. mit anderen Beteiligten abzustimmen. Diese Maßnahmen betreffen unter anderem Sicherheits- und Notfallkonzepte, Sicherheitsstandards auf Offshore-Windenergieanlagen, die Schaffung von Rettungskapazitäten für Offshore-Windenergieanlagen sowie die Bereiche Arbeitsbedingungen, Qualifikation und Ausbildung.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/9928 abzulehnen.

Berlin, den 19. Dezember 2012

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Anton Hofreiter	**Torsten Staffeldt**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Torsten Staffeldt

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/9928** in seiner 184. Sitzung am 14. Juni 2012 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Arbeit und Soziales und an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, umgehend die Zuständigkeit für die staatliche Daseinsvorsorge im Bereich des Rettungswesens auf Offshore-Windenergieanlagen sowie deren Reichweite und Umfang zu klären; eine koordinierte Strategie für Sicherheit und Notfallmanagement im Offshore-Windenergiebereich vorzulegen und in dem Antrag genannte Maßnahmen betreffend die Sicherheit im Bereich von Offshore-Windenergieanlagen und Rettungsmaßnahmen bei Notfällen auf Offshore-Windenergieanlagen zu ergreifen, zu prüfen bzw. mit anderen Beteiligten abzustimmen. Diese Maßnahmen betreffen unter anderem Sicherheits- und Notfallkonzepte, Sicherheitsstandards auf Offshore-Windenergieanlagen, die Schaffung von Rettungskapazitäten für Offshore-Windenergieanlagen sowie die Bereiche Arbeitsbedingungen, Qualifikation und Ausbildung.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/9928 in seiner 86. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 84. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag in seiner 115. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 83. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat den Antrag auf Drucksache 17/9928 in seiner 86. Sitzung am 28. November 2012 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** verwies auf intensive Gespräche, die das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung bereits zu Fragen der Sicherheit und des Rettungswesens im Bereich der Offshore-Windenergieanlagen geführt habe, auf Arbeitsgruppen der Ressorts, die sich bereits mit den Themen befassten und auf einschlägige Fachkonzepte, die sich bereits in der Entwicklung befänden. Sie betonte aber die große Verantwortung der Betreiber von Offshore-Windenergieanlagen für die Sicherheit solcher Anlagen. Diese Verantwortung dürften diese nicht auf die Regierung abschieben.

Die **Fraktion der SPD** betonte, ihr Antrag beruhe auf Gesprächen mit Fachkreisen, welche sie im Vorfeld geführt habe sowie auf Empfehlungen von Gremien, welche sie ausgewertet habe. Daraus ergebe sich dringender Handlungsbedarf. Klärungs- und Regelungsbedarf ergebe sich auch dadurch, dass sich die Anlagen in der Außenwirtschaftszone und nicht im nationalen Hoheitsgebiet befänden. Zentrales Anliegen des Antrags sei es, dass man vor dem Hintergrund der Investitionen in diesem Bereich Schutz- und Sicherheitskonzepte für Offshore-Windenergieanlagen dringend weiterentwickeln müsse.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, der Antrag beinhalte eine ganze Reihe von Fehleinschätzungen. Er verkenne, dass dort erhobene Forderungen vielfach bereits umgesetzt würden bzw. bereits Inhalt gesetzlicher Regelungen seien, wie etwa im Bereich des Arbeitsschutzrechts. Es sei auch nicht sinnvoll, hier die staatliche Daseinsvorsorge soweit auszudehnen, wie es in dem Antrag gefordert werde und dadurch die Unternehmer von ihrer Verantwortung zu entlasten, was auch Maßstäbe für andere Wirtschaftsbereiche setzen würde. Es sei auch Aufgabe der Betreiber von Offshore-Windenergieanlagen, auf ihre Kosten Rettungseinrichtungen für Notfälle vorzuhalten. Zu begrüßen sei aber die Forderung nach einer personellen Verstärkung des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie.

Die **Fraktion DIE LINKE.** warf die Frage auf, warum die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP sich gegen den Antrag aussprächen, zugleich aber betonten, dass dort erhobene Forderungen bereits umgesetzt würden. Sie kritisierte, dass die Betreiber von Offshore-Windenergieanlagen versuchten, die Verantwortung für die mit den Anlagen verbundenen Risiken auf die Allgemeinheit bzw. den Stromverbraucher abzuwälzen. Vor diesem Hintergrund müssten hier die Fragen der Arbeitsbedingen und Fragen der Sicherheit besonders ernst genommen werden. Mit dem vorliegenden Antrag erreiche man eine Lösung der Probleme aber nicht.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte die Verantwortung der Betreiber von Offshore-Windenergieanlagen für die Sicherheit ihrer Arbeitnehmer und für die Schaffung von Rettungseinrichtungen für Notfälle. Auch

wenn es hier grundsätzlich um Aufgaben der Arbeitgeber gehe, sei es doch sinnvoll – wie in dem Antrag gefordert – staatlicherseits Konzepte zu entwickeln und zu prüfen, wo staatliche Maßnahmen erforderlich seien. Daher werde sie dem Antrag zustimmen, obwohl er einige Schwachstellen enthalte.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/9928.

Berlin, den 19. Dezember 2012

Torsten Staffeldt
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333